



## Modernisierungsschub für Krankenhäuser

Milliardeninvestitionen in Notfallkapazitäten und IT

Die Corona-Pandemie hat gezeigt, wie wichtig ein gutes und leistungsfähiges Gesundheitssystem ist. Um künftig noch besser auf solche und ähnliche Gesundheitskrisen vorbereitet zu sein, investiert die Koalition nun drei Milliarden Euro in die Modernisierung der Krankenhäuser.

Der Bundestag hat am Freitag das sogenannte Krankenhauszukunftsgesetz verabschiedet. Es sieht die Einrichtung eines Fonds vor, aus dem die nötigen Maßnahmen finanziert werden sollen. Dabei geht es um die Modernisierung der stationären Notfallkapazitäten, die



Bundesgesundheitsminister Jens Spahn in der Debatte

Verbesserung der digitalen Infrastruktur oder die Förderung von Telemedizin und Robotik. Zusatz- Seite 2

## Förderprogramm für Vereine und Verbände der Deutschen Stiftung für Engagement und Ehrenamt

**Interessante Unterstützung von bis zu 100.000 Euro mit bis zu 90 Prozent Förderung, Bewerbungsfrist 1.11.2020, Ausgabe der Mittel bis 31.12.2020**

Josef Rief ruft Verbände und Vereine in seinem Wahlkreis auf, sich am Förderprogramm „Engagement fördern. Ehrenamt stärken. Gemeinsam wirken.“ der kürzlich vom Bund ins Leben gerufenen Deutschen Stiftung für Engagement und Ehrenamt (DSEE) zu beteiligen.

Gemeinnützige Organisationen, also beispielsweise eingetragene Vereine, können einen Antrag zu folgenden drei Schwerpunkt-Themen stellen: Innovation und Digitalisierung in der Zivilgesellschaft, Nachwuchsgewinnung, sowie Struktur- und Innovationsstärkung in strukturschwachen ländlichen Räumen. Pro Themenschwerpunkt kann ein Antrag eingereicht werden. Die Höhe der Förderung von Einzelprojekten kann bis zu 100.000 Euro betragen. Die Anträge müssen bis spätestens 1. November 2020 gestellt sein und die beantragten Mittel müssen noch in diesem Jahr ausgegeben werden.

„Ich freue mich, dass die neue Stiftung für Engagement und Ehrenamt, die wir im Bundestag gemeinsam im



Familienausschuss, im Landwirtschaftsausschuss und im Haushaltsausschuss mitgegründet haben, jetzt mit einem so interessanten Förderprogramm ihre Arbeit beginnt. Dies ist eine sehr gute Möglichkeit, für unsere Vereine und Verbände Unterstützung für kleinere und große Projekte zu erhalten. Besonders interessant ist die hohe Förderquote bei Projekten bis 5.000 Euro von 90 Prozent. Hier kann man mit geringen Eigenmittel viel erreichen. Ich bin überzeugt, dass sich auch im Wahlkreis Biberach viele Projekte zur Beteiligung finden werden“, so Josef Rief.

Nähere Informationen unter: <https://www.deutsche-stiftung-engagement-und-ehrenamt.de/foerderung>

Besuchen Sie Josef Rief auch auf seiner Homepage, bei Facebook und auf Instagram!



## Fortsetzung von Seite 1

lich zu den drei Milliarden des Bundes sollen die Länder weitere 1,3 Milliarden Euro beisteuern.

Die gesundheitspolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Karin Maag, erklärte dazu: „Wir lernen aus der Corona-Krise: Krankenhäuser brauchen endlich moderne Notfallkapazitäten und eine bessere digitale Infrastruktur.“ Wenn die Potenziale der Digitalisierung ausgeschöpft würden, führe das auch zu einer Entlastung der Mitarbeiter im Gesundheitswesen.

Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Georg Nüßlein hob die Bedeutung der Robotik im OP-Bereich hervor. „Mit robotikgestützten Operationsinstrumenten können Eingriffe weit weniger belastend und schmerzhaft für die Patientinnen und Patienten durchgeführt werden“, sagte er. „Wir investieren also in eine digitale Technik, die den Menschen wirklich zugutekommt.“

Im Gesetz enthalten ist auch die Verlängerung von Regelungen, die zur Bewältigung der Corona-Pandemie eingeführt worden waren. So bleibt der Pflegeschutzschirm bis zum 31. Dezember erhalten. Ursprünglich sollte er zum 30. September auslaufen. Ebenfalls bis

zum Ende des Jahres verlängert wird der von zehn auf 20 Tage erweiterte Anspruch auf Pflegeunterstützungsgeld. Der Leistungszeitraum des Kinderkrankengeldes wird um fünf Tage verlängert, für Alleinerziehende um zehn Tage. „Damit unterstützen wir insbesondere Familien mit kleinen Kindern, die durch die Corona-Krise besonders belastet sind“, betonte Karin Maag. ,

Maag wies auch darauf hin, dass die Corona-Prämie nun auch für Pflegekräfte und weitere durch den Kontakt mit Corona-Patienten hoch belastete Beschäftigte in den Krankenhäusern komme. „Wer das konkret ist, weiß man vor Ort am besten. Deshalb entscheiden darüber die jeweiligen Krankenhausträger und die Personalvertretungen“, sagte sie.

Der zuständige Berichterstatter Lothar Riebsamen hob hervor, dass der Bund mit diesem Gesetz den Ländern finanziell zur Seite springe und Aufgaben finanziere, die eigentlich nicht in seinen Kompetenzbereich fallen: „Konsequenterweise müsste man hier mittel- bis langfristig darüber nachdenken, die Systematik der Krankenhausfinanzierung an die tatsächlichen Gegebenheiten anzupassen“, so Riebsamen. ■

## Nachhaltigkeitscheck für Gesetze

Unionsfraktionschef Ralph Brinkhaus hat einen Nachhaltigkeitscheck für jedes Gesetz gefordert, das der Bundestag in Zukunft beschließt. Dies komme nachfolgenden Generationen zugute, sagte Brinkhaus in der Generaldebatte zur Nachhaltigkeitswoche. Die Nachhaltigkeitswoche geht auf seine Initiative zurück.

„Es tut uns allen gut, auch einmal etwas längerfristig zu denken“, sagte der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Wo, wenn nicht im Bundestag, sei der Ort, gesellschaftliche Debatten zu führen und die langen Linien zu ziehen. Er wies darauf hin, dass Nachhaltigkeit weit mehr sei als Klimaschutz. Es gehe auch um Bereiche wie Teilhabe, Bildung oder finanzielle Solidität – „ein ganz weites Feld“.

Den Bundestag forderte Brinkhaus auf, ein Verfahren für einen „Generationengerechtigkeitscheck“ festzulegen, mit dem ab der nächsten Wahlperiode jedes Gesetz auf seine Langzeitwirkung überprüft werden kann. Der Obmann der Unionsfraktion im Beirat für nachhaltige Entwicklung, Kai Whittaker, nannte es „weltweit einmalig“, dass ein Land so konkret eine vergleichende Systematik entwickeln wolle. Die Forderung ist enthalten in einem Antrag der Koalitionsfraktionen mit dem

Titel: „Nachhaltigkeit ist Richtschnur unserer Politik“.

Brinkhaus verlangte von der Bundesregierung künftig einen jährlichen Bericht, in dem sie aufzeigen müsse, wo Deutschland bei der Erfüllung seiner Nachhaltigkeitsziele stehe. Das Parlament als Kontrollinstanz müsse dann gegebenenfalls nachsteuern. Schließlich warb Brinkhaus dafür, dass der Bundestag ab 2021 jährlich eine Nachhaltigkeitswoche einlege – analog zu den Haushaltswochen.

Der stellvertretende Fraktionschef Georg Nüßlein nannte die Nachhaltigkeit ein „zutiefst konservatives Prinzip“. Sie sei eine Klammer zwischen Ökonomie, Ökologie und Sozialem. Dass nachhaltiges Wachstum möglich sei, habe Deutschland in den vergangenen zehn Jahren gezeigt.

Mit Blick auf Umwelt- und Klimaschutz forderte Brinkhaus, „weniger über Regulierung zu sprechen und mehr über Technologie und Innovation“. Er wies darauf hin, dass es marktwirtschaftliche Instrumente wie den Emissionshandel gebe, die wesentlich besser wirkten als Verbote. Der Fraktionschef warnte auch davor, aus der Klimapolitik „ein Eliteprojekt“ zu machen und die Gesellschaft dadurch zu spalten. ■